



## Kleine Waffen

Steyr-Mannlicher, Glock, Hirtenberger, Voere: Österreichische Unternehmen spielen eine bedeutende Rolle bei der Verbreitung von Pistolen und Gewehren. Das Land zählt zu den fünf größten Exporteuren.  
 Von Simon Loidl

SEITEN 12/13

### Schlechte Karten

CETA bringt Beschäftigten keine weiteren Rechte, auch wenn Martin Schulz anderes behauptet

2

### Neue Kampagne

Ab 2020 soll in der Bundesrepublik kein Mensch mehr an AIDS erkranken. Von Markus Bernhardt

3

### Lange Spurensuche

Noch bis Sonntag: In Köln hat das Tribunal »NSU-Komplex auflösen« begonnen. Von Marvin Oppong

4

### Betreute Demokratie

Präsidentenwahl im Iran: Die meisten Kandidaten wurden vom »Wächterterror« gar nicht erst zugelassen

7

# Watergate am Zuckerhut

Korruptionsskandal erreicht Brasiliens Präsident Temer. Mitschnitte belegen Beteiligung an Schweigegeldzahlung. Proteste weiten sich aus. **Von Peter Steiniger**



Die »Operation Klappe halten« ist geplatzt: Nach nur einem Jahr an der Macht steht Michel Temers Präsidentschaft auf der Kippe

Helle Panik auf der »Titanic«: Am Mittwoch um Punkt 19.15 Uhr (Ortszeit) rammte die konservative Tageszeitung *O Globo* eiskalt Brasiliens Regierungsschiff unter dem Kommando von Michel Temer. Sie veröffentlichte auf ihrer Website einen Bericht, aus dem hervorgeht, dass der führende Manager des Lebensmittelkonzerns JBS Joesley Batista mit Billigung Temers Schweigegeld an den wegen Korruption und Geldwäsche in Haft sitzenden früheren Parlamentspräsidenten Eduardo Cunha gezahlt hat. Batista, selbst im Visier der Justiz, soll den Behörden im Rahmen einer angestrebten Kronzeugenregelung den Mitschnitt eines Gesprächs mit dem Präsidenten vom 7. März dieses Jahres übergeben haben, in welchem er von Temer ausdrücklich aufgefordert wird, diese Praxis fortzusetzen. Wenig später wurde, so geht aus dem Bericht weiter hervor, von der Polizei die Übergabe eines von ihr mit einer Wanze präparierten Geldkoffers mit 500.000 Reais

(umgerechnet 146.000 Euro) an den Abgeordneten Rodrigo Rocha Loures gefilmt. Dieser war von Temer als Mittelsmann in der Angelegenheit benannt worden. Beide gehören der Partei der demokratischen Bewegung (PMDB) an, deren Spitze tief in den »Lava Jato«-Korruptionsskandal um den Petrobras-Ölkonzern verwickelt ist. Insgesamt sollen fünf Millionen an Cunha geflossen sein.

Bevor er hinter Gitter wanderte, war Temers Parteifreund Cunha der Großmeister der Intrigen im Kongress. Für seine Wahl zum Chef des Unterhauses Ende 2015 sollen die Stimmen von etwa 140 Abgeordneten gekauft worden sein. Cunha ließ das Amtsenthebungsverfahren ohne sachliche Grundlage gegen Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei (PT) zu. Vor einem Jahr führte dies zum Sturz der gewählten Präsidentin durch eine Rechtskoalition und brachte ihren abtrünnigen Vize Temer an die Macht. Zuvor hatte sich die PT geweigert, Cunha vor einem Untersuchungsausschuss

wegen Falschaussagen zu Millionen an Schwarzgeld auf Schweizer Konten zu bewahren. Nach der Revanche gegen Rousseff wurde Cunha von den Seinen im Stich gelassen, verlor Amt und Mandat und landete im Oktober 2016 im Knast. Von dort drohte er wiederholt damit, Dutzende Politiker mit in den Abgrund zu reißen. Und wenn JBS auspacke, hatte Cunha gewarnt, sei dies »das Ende der Republik«. Ende März wurde Cunha zu 15 Jahren und vier Monaten verurteilt. Cunhas Versuche, auch Temer zu belasten, hatte Chefrichter Sérgio Moro von der Lava-Jato-Taskforce zurückgewiesen. Mit konstruierten Anklagen ist dieser statt dessen hinter dem früheren Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva von der PT her. Parallel zum politischen Chaos auf offener Bühne läuft hinter den Kulissen ein erbitterter Machtkampf innerhalb der Judikative. Erwischt hat es endlich Aécio Neves, den Parteichef der konservativen PSDB: Auch ihn hat man auf Band. 2 Millionen Reais flossen über

einen Verwandten an Rousseffs 2014 bei der Präsidentschaftswahl unterlegenen Rivalen. Der Senator wurde vom Amt suspendiert, ein Haftbefehl des Generalstaatsanwalts liegt dem Obersten Gericht zur Prüfung vor.

Die neuen Enthüllungen wurden auf der Straße vielerorts mit spontanen Protesten beantwortet. Der Präsident und sein neoliberales Reformprogramm sind äußerst unpopulär. Am 28. April erlebte Brasilien den wohl größten Generalstreik seiner Geschichte. Auch der Zusammenhalt von Temers Alliierten bröckelt unter diesem Druck. Von allen Seiten hagelt es Rücktrittsforderungen. Das knappe Dementi aus der Kanzlei des Präsidenten wird den Skandal nicht ausbremsen. Da es sich um Vorgänge während seiner Amtszeit handelt, schützt diesen seine Immunität auch nicht vor der Justiz. Für den Abend hatten oppositionelle Organisationen zu einem Marsch zum Präsidentenpalast in Brasília mit der Forderung nach sofortigen direkten Wahlen aufgerufen.

## Türkei: US-Militär unterstützt PKK



Istanbul. Die Türkei fordert die Abberufung des Sonderbeauftragten US-Sondergesandten für den Kampf gegen die Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS), Brett McGurk (Foto). McGurk unterstütze definitiv und eindeutig die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK und die in Nord-syrien aktive kurdische Miliz YPG, behauptete Außenminister Mevlüt Cavusolgu am Donnerstag gegenüber dem Sender NTV. »Es wäre von großem Nutzen, wenn diese Person ausgewechselt wird.« Die YPG ist derzeit ein Verbündeter der USA im Kampf gegen den IS. Vor allem bei der geplanten Eroberung der IS-Hochburg Rakka soll der YPG eine entscheidende Rolle zukommen, sie soll dafür auch schwere Waffen erhalten. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan drohte, sollte die YPG in Syrien türkisches Militär angreifen, werde dies unverzüglich und ohne Abstimmung mit Dritten beantwortet. (Reuters/JW)

■ Siehe Seite 6

## G-20-Camper wollen gegen Verbot vorgehen

Hamburg. Im Zusammenhang mit dem Vorhaben des Hamburger Bezirks Nord, ein Protestcamp der G-20-Kritiker im Hamburger Stadtpark zu verhindern, »weil Schäden« in den weitläufigen Grünanlagen zu erwarten seien, kündigte am Donnerstag ein Bündnis von Aktivisten an, gegen diesen Beschluss »zur Not bis vor das Bundesverwaltungsgericht zu ziehen«.

Innensenator Andy Grote (SPD) hatte kurz zuvor seine Unterstützung für die Entscheidung des Bezirks verkündet. Zu Befürchtungen, dass womöglich Repressalien durch Kräfte anderer Staaten zu erwarten sein könnten, gab Grote im Radiosender NDR 90,3 bekannt: »Nur die Polizei hat das Kommando.« Ausländische Sicherheitsbeamte hätten keinerlei Sonderbefugnisse in der Zeit des G-20-Gipfels am 7. und 8. Juli, sondern »Jedermann-Rechte, also Notwehr, Notstand oder Nothilfe.« (JW)

# Fall Amri: Senator zeigt eigene Behörde an

Berlins Innenressortchef wirft Landeskriminalamt Strafvereitelung und Urkundenfälschung vor

In den staatlichen Ermittlungen zum Attentat auf einen Berliner Weihnachtsmarkt tun sich neue Abgründe auf. Am Mittwoch hatte der Innensenator der Stadt, Andreas Geisel (SPD), mitgeteilt, dem Sonderermittler Bruno Jost seien widersprüchliche Aktenvermerke aufgefallen. Am Donnerstag stellte er Anzeige gegen eine noch unbekannte Anzahl von Verdächtigen im Landeskriminalamt (LKA) wegen des Verdachts der Strafvereitelung sowie der Urkundenfälschung. Der frühere Bundesanwalt Jost war

Anfang April vom Senat eingesetzt worden, um die Arbeit der Behörden in diesem Fall zu untersuchen. Seinen Erkenntnissen zufolge hätte Amri wegen seiner dem LKA Berlin bekannten Aktivitäten als Drogenhändler deutlich vor dem Anschlag am 19. Dezember 2016, bei dem zwölf Menschen getötet und 67 verletzt wurden, inhaftiert werden müssen. Durch die Manipulation eines Aktenvermerks dazu wurde offenbar vertuscht, dass die Gelegenheit zur Festnahme bestanden hatte. Nach Angaben des Sonderermittlers war Amri in einem digitalen Doku-

ment vom November als gewerbsmäßiger Drogenhändler eingestuft worden. Doch dieses fand nie den Weg in die Papierakten. Statt dessen wurde dort Wochen später ein Vermerk abgeheftet, in dem Amri nur noch als »Kleinhändler« bezeichnet wurde.

Der Bundestagsabgeordnete Frank Tempel (Die Linke) sprach sich am Donnerstag im *Deutschlandfunk* für einen Untersuchungsausschuss des Bundestags zu dem Attentat nach der Wahl im Herbst aus. Er fühle sich angesichts der neuen Erkenntnisse an die Vernichtung von Dokumenten

im Zusammenhang mit dem Terror des »Nationalsozialistischen Untergrund« erinnert. Auch von den Grünen kam der Ruf nach einem solchen Gremium.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte am Donnerstag am Rande der EU-Innenministerkonferenz in Brüssel, es handle sich bei Josts Ermittlungsergebnissen um einen »unerhörten Verdacht«. Er erwarte »von allen Beteiligten im Land Berlin, dass das jetzt sehr gründlich und sehr offen aufgeklärt wird.« (dpa/JW)

■ Siehe auch Seite 4

**jW** wird herausgegeben von 2.041 Genossinnen und Genossen (Stand 28.4.2017)  
 www.jungewelt.de/lpg



4 198625 901607